

Bremen



Schlimm für unsere Seele sind nicht die Verluste und die Schmerzen, sondern die Enttäuschungen, die das scheinbare Glück uns bringen kann.
Hermann Hesse (1877-1962)

Tach auch

Im Forum am Wall brummt es. Ein Gewusel von Bremern und Butenbremern, von Alten und Jungen flutet durch die Halle. Gerüche von Pizza und Eintopf, von Kaffee und Zigaretten wabern durch die Luft, Musik tönt vom Band. Viele Menschen laben sich an kulinarischer Kost, andere hingegen suchen Geistesnahrung, die es bekanntlich in der neuen Stadtbibliothek im Forum geben soll. Aber, bitteschön, wo ist denn die Stadtbibliothek?

Einige Damen setzen zur zweiten Umkreisung der riesigen Restaurantinsel an auf der Suche nach Leih-Lektüre. „Wissen Sie, wo hier die Bibliothek ist?“, fragt ein älterer Herr, der gerade die Badewanne in einem Schaufenster betrachtet, in der es vor Videokassetten überschwappt. Nebenan locken Taschen in schrillum Design, eine Buchhandlung hat Bestseller verlockend im Angebot. Die Stadtbibliothek jedoch hat sich in aller Bescheidenheit in einem fernen Winkel des weiten Runds eingenistet, statt augenfälliger Lockvögel sind Computer und Arbeitstische hinter den Schaufenstern aufgebaut.

Wie haben wir als Kinder doch so gern gesungen? „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommte ohne ihr!“ Ruth Herzog

Die Engel kämpfen gegen die Teufel

9. Gröpelinger „Feuerspuren“

Von unserer Mitarbeiterin
Nina Willborn

„Mama, Mama, ein Drache!“ „Und da, guck mal, die Engel!“ Nein, die Kinder, die sich gestern am späten Nachmittag auf dem Gröpelinger Marktplatz versammelt hatten, litten nicht unter Wahnvorstellungen. Denn das grüne Ungeheuer und die Himmelsboten gehörten zum Personal der Gröpelinger „Feuerspuren“. Annähernd 3500 Laternenfans begleiteten den Lichterumzug bis zum abschließenden Höhenfeuerwerk am Pier 2.

„Die Idee des Umzugs stammt ursprünglich aus Liverpool“, erklärt Christiane Gartner von „Kultur vor Ort“, die die „Feuerspuren“ gemeinsam mit dem Team des Bürgerhaus Oslebshausen organisiert hat. „Wir wollten damals die Tradition des Martinslaufens aufbrechen.“ Seit nunmehr neun Jahren steht der Lichterumzug fest im Gröpelinger Kulturkalender. Das Besondere daran: Die Geschichte vom Kampf zwischen Teufeln und Engeln um das Feuer, die in jedem Jahr weitergesponnen und entsprechend dargestellt wird.

So ist Dieter Klau-Ehmken für viele der Kinder längst ein alter Bekannter – seit sieben Jahren gibt der Leiter der Theaterschule der Freilichtbühne Lilienthal jetzt den „kleinen Teufel“, eine der Lieblingsfiguren der Kleinen. Neu dabei in diesem Jahr ist der Archäologieprofessor Jens Buddel alias Uwe Pekau mit seinem jüngsten Fund, einem Drachen, der nun mitmisch im Feuer-Streit. Damit sein langer Schwanz nicht auf dem Boden schleift, muss Alida Rohßen immer genau im Hüpf-Takt ihrer Vorderfrau bleiben, denn die Abiturientin steckt vom Kopf bis zu den Fü-



Wer hat das Feuer? Engel (Inga Ressegier und Christine Renken, r.) und Teufelin (Lainie Ingham) sind sich nicht einig.

Foto: Roland Scheitz

Ben in dem Lindwurm. „Das geht schon“, lacht sie, „immerhin wird mir so auf keinen Fall zu kalt.“ Insgesamt 90 Akteure beteiligten sich am musikalischen Rahmenprogramm, darunter Bläser- und Sambagruppen aus Oslebshausen und Findorff. Sich in die Lage der ihr Feuer zurückfor-

dernden Engel besonders gut hineinversetzen konnten sich Michelle, Dennis und Monique Arndt. Auch sie wurden „beraubt“: „Wir mussten unsere Fackeln leider ausmachen“, bedauert Dennis, „aus Sicherheitsgründen“. Genau wie viele der anderen Kinder sind auch die drei Mini-Vampire

schon seit mehreren Jahren bei den „Feuerspuren“-Umzügen dabei. Aber auch ohne eigenes Feuer konnten sie die große Feuer-show am Pier 2, der Endstation des Laternenumzugs, genießen, die sich unter anderem die Mitglieder der Waller Jongliergruppe ausgedacht hatten.

Ein Seestädter zu viel an Bord

Bürgerschaft bekommt neue Sitzverteilung / Parlamentsausschuss zum Wahlrecht

Von unseren Redakteuren
Elke Gundel und Christian Dohle

Wilko Zicht, 28 Jahre alt, Jurastudent und Grünen-Mitglied, hat dem obersten Bremer Gericht einen Teilerfolg abgetrotzt: Der Staatsgerichtshof verpflichtete die Bürgerschaft gestern, die Mandatsverteilung zwischen den Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven ständig zu prüfen.

Derzeit entfallen 67 der 83 Bürgerschaftssitze auf Kandidaten aus Bremen; 16 Mandate sind für Abgeordnete aus Bremerhaven reserviert. Vor dem Hintergrund, dass die Einwohnerzahl in der Seestadt weiter sinkt, müsse dieses Verhältnis vor den nächsten Wahlen korrigiert werden, ist die Einschätzung der Richter.

Hintergrund der verfassungsrechtlichen Auseinandersetzung ist die Forderung, dass die Stimmen aller Wahlberechtigten gleich viel zählen müssen. Das, so argumentiert Wilko Zicht, ist im Bundesland Bremen nicht der Fall. Das hiesige Wahlverfahren führe dazu, dass die Stimmen von Bremerhavener Wählern höheres Gewicht haben als die von Bremer Wählern. Anders gesagt: Um ein Landtagsmandat zu erringen, sind in der Seestadt weniger Stimmen nötig als in Bremen. Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, müssten auf Bremerhaven 15

Sitze und auf Bremen 68 entfallen, rechnet Zicht vor. Damit rannte er – zumindest im Grundsatz – bei den hiesigen Verfassungsrichtern offene Türen ein.

Bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2003 gebe es dennoch nichts zu beanstanden. Begründung: Das Gewicht der einzelnen Stimmen darf unterschiedlich sein, wenn dadurch andere wichtige Ziele der Verfassung erreicht werden. Die Entscheidung, die Mandatsverteilung auf 67:16 festzulegen, habe seinerzeit mehrere gewichtige Gründe gehabt. Zum Beispiel sollte sowohl im Landtag (83 Sitze) als auch in der Stadtbürgerschaft (67 Sitze) eine ungerade Zahl von Mandaten vergeben werden, um Pattsituationen bei Abstimmungen zu verhindern.

Gleichzeitig zogen die Richter erstmals eine klare Grenze: Um mehr als fünf Prozent darf das Stimmengewicht nicht abweichen. Maßstab ist dabei der Durchschnittswert des Landes. Am für die Wahlen von 2003 gültigen Stichtag gab es im Land Bremen statistisch gesehen 7003,57 Deutsche pro Bürgerschaftsmandat. In der Stadt Bremerhaven lag diese Zahl bei 6743,75 (Abweichung von 3,71 Prozent); in der Stadt Bremen bei 7065,61 (Abweichung von 0,89 Prozent). Die Unterschiede sind deutlich, liegen aber innerhalb der 5-Prozent-Toleranzgrenze. Inzwischen sei die Einwohnerzahl in Bremer-

haven aber weiter gesunken, ergänzten die Richter. Momentan habe die Abweichung in der Seestadt 5,3 Prozent erreicht und sei deshalb nicht mehr verfassungsgemäß. Das deute auf eine „Handlungspflicht“ des Gesetzgebers hin.

Eine neue Sitzverteilung ist bei der nächsten Bürgerschaftswahl damit fast sicher, um das Wahlrecht wird dagegen noch gerungen. Die große Koalition hat sich mit der grünen Opposition bereits weitgehend auf einen Bürgerschaftsausschuss verständigt, der sich mit dem Thema befassen soll. Für den Vorsitz gilt die CDU-Abgeordnete Catrin Hannken als erste Wahl. Hintergrund sind die Erfahrungen aus Hamburg, in dem der Verein „Mehr Demokratie“ über ein Bürgerbegehren ein neues Wahlrecht durchgesetzt hat.

Die Hamburger Wähler haben nunmehr mehrere Stimmen und können sie auf einen Kandidaten konzentrieren (kumulieren) oder auf mehrere Parteien verteilen (panaschieren). Die Grünen haben sich bereits festgelegt: Auch die Bürger an der Weser sollen diese Möglichkeiten künftig haben. Außerdem soll es Wahlkreise geben, aus denen die Sieger direkt in die Bürgerschaft einziehen. Matthias Güldner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: „Zieht die Bürgerschaft nicht mit, gibt es ein Volksbegehren.“

Berichterstattung nicht moniert

Splitterpartei unterliegt vor Gericht

Von unserer Redakteurin
Elke Gundel

Der Staatsgerichtshof hat die Beschwerde der Partei Rechtsstaatlicher Offensive gegen die Bürgerschaftswahl vom Mai 2003 als unzulässig beziehungsweise unbegründet zurückgewiesen. Die Partei und ihr Spitzenkandidat Jan Timke hatten moniert, sie seien vor der Wahl in Radio- und Fernsehsendungen sowie in den Printmedien unzureichend berücksichtigt worden. Das verstoße gegen das Recht auf Chancengleichheit. Unter anderem war die Partei dagegen zu Felde gezogen, dass sie – anders als die DVU – von Radio Bremen nicht zu einem Wahlforum eingeladen worden war.

Die Bremer Verfassungsrichter konnten in der abgestuften Berichterstattung während des Wahlkampfes allerdings keine Gesetzesverstöße erkennen. Dass Splitterparteien wie der Partei Rechtsstaatlicher Offensive weniger Beachtung geschenkt wurde als Parteien, die eine Chance hatten, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, sei völlig in Ordnung. Auch den Vorwurf in Bezug auf das Wahlforum ließen die Richter nicht gelten: Radio Bremen habe Timke schließlich die Möglichkeit gegeben, sich im Nachrichtenmagazin „buten un binnen“ vorzustellen.

EIN SAMSTAG FÜR ALLE SINNE
HEUTE AM 6.11.04

TOPAZ
Sekt & Selters mit Austern on the Rocks

SPACE BEAUTY by ROMAN KROUPA
Der neue Duft von Prada

EVELYN
"Rogan"-Jeans [für Damen und Herren]

KIKI KINDERMODEN
Neu im Sortiment:
Laura Biagiotti und Fiorucci

GUSTAVSSON
Hochwertiges Silberglas aus Böhmen

[Langenstraße 2-4, Bremen]
www.kontorhaus-bremen.de

Kontorhaus am Markt
Passage

Bahnmissionsmission hofft auf Geld und Hilfe

(ts) Die Bahnmissionsmission sorgt schon seit 1898 auch in Bremen dafür, dass Reisenden, die Hilfe brauchen, tatsächlich geholfen wird. Aber auch sie selbst ist auf Unterstützung angewiesen und bittet deshalb regelmäßig um Spenden. So sollte sich am Mittwoch und Donnerstag, 10. und 11. November, zwischen 8 und 19 Uhr niemand wundern, wenn ihn oder sie im und um den Bahnhof jemand freundlich anspricht: Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Bahnmissionsmission sind dann nämlich wieder mit ihren Sammelbüchsen unterwegs. Außer an Geld fehlt es aber auch noch an weiteren Helferinnen und Helfern. Träger der Bahnmissionsmission – Adresse: Hauptbahnhof, Bahnhofplatz 15, 28195 Bremen, Telefon 1 34 83 – sind der Verein für Innere Mission und der Caritasverband Bremen.

Horner Politiker wollen Service-Center behalten

(fis) Die drohende Schließung des Bürger-Service-Centers Horn-Lehe (BSC) ist „an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigepart“, kritisiert der örtliche SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Björn Tschöpe die Pläne des Innenstadts. Sie „drohen ein funktionierendes Beispiel bürgernaher Verwaltung zu zerstören“. Dass dies gerade in wachsenden Stadtteilen wie Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland der falsche Weg sei, betont auch die Borgfelder SPD-Abgeordnete Karin Garling. Eine Einrichtung wie das BSC mache den Stadtteil auch für junge Familien und neue Bremerinnen und Bremer attraktiver. Die Schließung bedeute einen Verlust an Lebensqualität. In Pass- und Meldeangelegenheiten müssten Bürger der Stadtteile sich dann zum weit entfernten Stadttamt in der Stremannstraße oder zum Service-Center Mitte aufmachen, kritisieren die Stadtteilpolitiker.

Nur Teilerfolg für den Einzelkämpfer

Willy Wedler will „Oppositionsbonus“

Von unserer Redakteurin
Elke Gundel

Willy Wedler, einziger FDP-Abgeordneter in der Bürgerschaft, ist enttäuscht: Das Bremer Verfassungsgericht hat sich gestern seiner Sichtweise nicht angeschlossen. Wedler hatte unter anderem angeführt, auch ihm stehe der so genannte Oppositionsbonus von 2050 Euro im Monat zu.

Der Zuschlag steht laut Staatsgerichtshof ausschließlich Fraktionen zu – nicht einzelnen Mitgliedern und auch nicht fraktionslosen Mandatsträgern. Dadurch, dass Wedler keinen Oppositionszuschlag bekomme, werde er nicht in seinen Rechten als Abgeordneter beschnitten. Erhielte Wedler einen solchen Zuschlag, wäre er sogar „begünstigt“. Denn dann hätte er als Einzelner direkten Zugriff auf diese Summe.

Einen Teilerfolg errang der FDP-Abgeordnete aber doch: „Denkbar“, so die Richter, sei es, ihm einen „wesentlich abgesenkten“ Oppositionszuschlag – eine Art Bonus light – zu zahlen. Zudem sei die Bürgerschaft verpflichtet, ihn in seiner Arbeit als Abgeordneter durch ihre Mitarbeiter zu unterstützen.

Zudem hat der Staatsgerichtshof nichts daran auszusetzen, dass nicht nur die Fraktionsvorsitzenden, sondern auch ihre Stellvertreter so genannte Funktionszulagen erhalten. Begründung: Die Bürgerschaft sei ein Teilzeitparlament, müsse aber alle Aufgaben eines Parlamentes erfüllen. Eine besondere Rolle hätten dabei die Fraktionen und ihre Vorsitzenden. Die Fraktionschefs allein seien mit der Fülle der Arbeit allerdings überlastet, sie bräuchten Unterstützung durch ihre Stellvertreter. Ein entsprechender Bonus für sie sei daher angemessen.

Abwarten kann teuer werden.

Sichern Sie sich eine der letzten steuerfreien Lebensversicherungen.

Die Sparkasse Bremen
Finanzdienstleistung

Profitieren Sie von Ihrer Schnelligkeit und genießen Sie dadurch alle Freiheiten: Wenn Sie jetzt entschlossen zugreifen, können Sie sich noch eine Lebensversicherung mit Steuerprivileg sichern. Verpassen Sie diese letzte Chance nicht, denn bei Verträgen, die erst in 2005 abgeschlossen werden, müssen die Erträge versteuert werden. Mehr Infos 0421 179-2277.
www.sparkasse-bremen.de/info